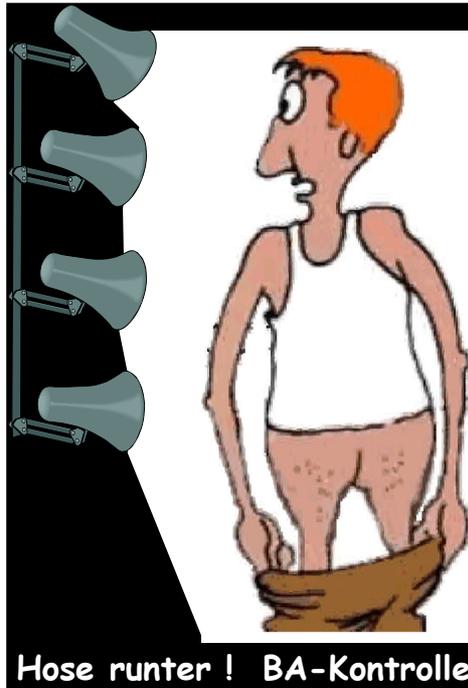


Rasier' Dich, wasch' Dich, scher' den Kopp Kam so Kurt Beck zu seinem Job ?

**Alle Achtung, Herr Beck !
Eine einfache Formel erschließt
6 Millionen neue Arbeitsplätze ?**
So einfach macht es sich der SPD-Vorsitzende Kurt Beck, Ministerpräsident in Rheinland Pfalz. Herr Beck hat sich diskriminierend gegenüber einem Erwerbslosen geäußert, dieser möge sich waschen und rasieren, dann bekäme er auch einen Job. **Als ob Millionen Arbeitsplätze bereitstünden, exklusiv für frisch gewaschene Erwerbslose ?** Mit Einführung der Hartz-Gesetze sind Lohnabhängige gezwungen, jedwede Arbeit anzunehmen. Es ist egal ob ein Mensch zuvor als Klo-Frau/Mann oder als ProfessorIn, qualifiziert ist. Für unter 55-jährige ist bereits nach 12 Monaten Schluss mit dem Arbeitslosen-I-Bezug ! Es geht



steil abwärts in Arbeitslosengeld II, welches nur nach einer Bedürftigkeitsprüfung gewährt wird. Vermögen muss "verzehrt" werden. Mitbewohner einer Wohngemeinschaft werden in "Sippenhaftung" genommen. JobCenter-Kontrolleure sind unterwegs. Grenzwertig zu allen bürgerlichen Grundfreiheiten wird die Intimsphäre ausspioniert, denn die Erwerbslosen werden aus der Sicht der gesetzgebenden Politiker als Sozialschmarotzer betrachtet. Die Faulpelz-Hetze eines Schröders, eine Sozialschmarotzer-Kampagne des Wolfgang Clement, auch die Dummschwätzeri des SPD-Vorsitzenden Beck, schaffen Pogrom-Stimmung gegen Erwerbslose. **Erwerbslose tragen keine Schuld an der Arbeitsplatzvernichtung !**

Tod im Ein-Euro-Dienst - Schutzlos bei Ein-Euro-Job-Trägern ?

**Ein-Euro-Jobber im Dienst getötet !
Er wurde beim Grünpflege-Dienst in
Witten von einem Ast erschlagen.**
So geschehen in NRW. Der "Tatort" ist mit Einführung von Hartz IV jederzeit auch in anderen Städten und bei anderen Tätigkeiten vorstellbar. Die Hölderlinstraße schickt ihre Grünpfleger

auch auf das Gleisgelände der DB, so Informationen von Betroffenen. Erwerbslose, die nunmehr nur noch als Bedürftige behandelt werden, haben jede angebotene Tätigkeit anzunehmen. Bei fehlender Qualifizierung oft unter den unmöglichen Bedingungen der so genannten Ein-Euro-Jobs. Nachfragen

zum Arbeitsschutz sind von dem JobCenter der Region Hannover nicht beantwortet. Das ist unkontrolliert den Trägern überlassen. Verantwortungslos, Hilfskräfte im sinnlosen Einsatz nur zur Aufstockung einer Vereinskasse, @lptraum hat mehrfach berichtet, konnte Missstände nachweisen. (HaDe)

Wer	ist	Verantwortlich ?
...erteilt die 1-€Zuweisungen ? In der Region Hannover sind die JobCenter zuständig. Ein Maßnahmeträger fragt an, schwupp, scheinbar ohne nähere Prüfung der Umstände, wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit bewilligt. Keine Presseauskünfte ?	...jede 1-€Zuweisung okay ? Es käme vor, dass, ohne Abstimmung mit den zuständigen Vermittlern hochqualifizierte Erwerbslose gezielt aussortiert und bestimmten Trägern zugewiesen würden, so die Information eines nicht genannten Mitarbeiters.	...für den Tod des 1-€Jobbers ? Sind alle, die in dieser Gesellschaft wegschauen, nur weil sie (noch) nicht betroffen sind. Es ist falsch, die Köpfe in den Sand zu stecken, denen zu glauben, die dem Kapital zuarbeiten. Kaufkraft stärken, statt ständige Abzocke der Bürger !

Direkt oder indirekt betroffen ? - Erwerbslos ? - ALG-II- oder Sozialgeldempfänger ?
Zu Risiken und Nebenwirkungen empfehlen wir den solidarischen Zusammenschluss, Aufnahme des Kampfes in Gruppen, in denen sich Gleichgesinnte bereits zusammengeschlossen haben. **Kontakte siehe letzte Seite**



Stromabschlagzahlungen höher 20,74 € sind Unterkunftskosten !

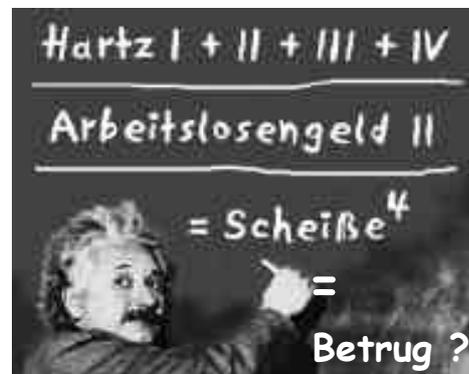
Nachdem der Gesetzgeber im Fortentwicklungsgesetz zum 1. August 2006 die Kosten für Strom als Bestandteil des Eckregelsatzes reglementiert hat, hat nun das SG Frankfurt am Main mit dem Urteil "S 58 AS 518/05" vom 29.12.2006 für neuen Zündstoff in der Frage von Stromkosten und den resultierenden Stromnachzahlungen über die bisher geleisteten Stromabschlagszahlungen von 20,74 Euro gegeben. Das Gericht urteilte, dass in der monatlichen Regelleistung von 345,- Euro die Stromkosten bis zur Höhe von 20,74 Euro enthalten sind. **Der diesen Betrag übersteigende Stromabschlag - ist als Kosten der Unterkunft nach § 22 Abs. 1 SGB II zu gewähren.**

Die Begründung des Gerichtes lautet: Aus § 20 SGB II sowie der Gesetzesbegründung ist ersichtlich, dass für die Höhe der Regelleistung die Vorschriften des Zwölften Buches des Sozialgesetzbuches (SGB XII) über die Regelsätze einschließlich der Regelsatzverordnung (RSV) maßgeblich sind. Diese wurden vom Verordnungsgeber, der Verordnungsgrundlage zufolge, auf der Grundlage der Verbrauchsangaben der untersten 20 v. H. nach der ihren Nettoeinkommen geschichtete Haushalte der zum 1. Juli 2003 hochgerechneten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 des Statistischen Bundesamts unter Mitwirkung von Sachverständigen ermittelt. Die Verordnungsgrundlage

lässt eine exakte Bezifferung der Beträge, die jeweils einzelnen Bedarfen zuzuordnen sind, nicht zu. Dort wird lediglich angegeben, welcher Prozentsatz des so genannten Eckregelsatz auf welche Ausgabenabteilung nach der EVS entfällt. Für die Abteilung 04 "Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe", der der verfahrensgegenständlichen Warmwasser- und Energiebedarf zuzuordnen ist, wird ein Satz von 8% (dies entspricht 27,60 Euro) angegeben. Darin sind allerdings neben den laut Verordnungsgeber lediglich "weitgehend" und eben nicht in vollem Umfang zu berücksichtigenden Stromkosten gemäß EVS auch die "voll" anzuerkennenden Positionen für Reparaturen und Instandhaltung der Wohnung enthalten. Nach der Veröffentlichung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sowie nach Roth/Thomé, Leitfaden Sozialhilfe schließlich können die Stromkosten und damit die im Regelsatz berücksichtigten Energiekosten aus der fortgeschriebenen EVS 1998 mit 20,74 Euro (die Reparaturen mit 3,50 Euro und die Instandhaltung mit 1,69 Euro) berechnet werden. Es ist mithin davon auszugehen, dass von den Stromkosten des Klägers dieser Betrag von 20,74 € bereits in der Regelleistung umfasst ist. Der darüber hinausgehende Anteil ist von der Beklagten zu übernehmen. Eine Berufung war nicht zugelassen, da keiner der in § 144 Abs. 2

SGG genannten Zulassungsgründe vorliegt. Demnach müssen auch Stromnachzahlungen, die sich aufgrund dieser Eckregelsatzregelung ergeben, entgegen der jetzigen Bearbeitungsweise der ALG-Leistungen nicht als Darlehen abzudecken, sondern unter Kosten der Unterkunft, die in angemessener Höhe vom Amt übernommen werden müssen, abgegolten werden ! **Der "Sozialticker" ist der Meinung, dass Leistungsempfänger, deren Stromabschläge 20,74 Euro überschreiten, umgehend einen Überprüfungsantrag stellen sollten und sich mit Hilfe dieser Entscheidung Klarheit verschaffen sollten.** (DoMi)

Quelle: www.sozialticker.de



Albert 1stein im Januar:
"Phantasie ist wichtiger als Wissen, denn Wissen ist begrenzt."
(Albert Einstein 1879-1955)

Wir unterstützen diese Erklärung und treten für die Schaffung eines SozialTickets für Hannover ein:

DGB-Region Niedersachsen-Mitte, Ev.-luth. Industriepfarramt (KDA), Redaktion Alptraum, Ev.-luth. Stadtkirchenverband Hannover, Arbeitslosen Zentrum Hannover (ALZ), ver.di Ortserwerbslosenausschuss Region Hannover, Arbeitskreis Arbeitslose Linden, IG Metall Erwerbslose Hannover, Kulturzentrum Pavillon (BI Raschplatz e.V.), Kabarettist Dietrich Kittner (KKK), Prof. Dr. Peter Grottian (FU Berlin), Arbeitskreis "Recht auf Mobilität" Berlin, Werkstatt Süd, DROP IN - FixPunkt (Step), VVN / Bund der Antifaschisten e.V. Hannover, ASTa Uni-Hannover, Leibniz Universität Hannover, Friedensbüro Hannover e.V., Diakonisches Werk Hannover, attac Hannover, Bündnis für Soziale Gerechtigkeit (BSG), Das Linksbündnis.Region Hannover, Die Linke.PDS Region Hannover, DKP Kreisvorstand Hannover, WASG Ortsverband Lehrte, Linksruck Hannover, Hannoversches Frauenbündnis, Förderverein Gartenhaus e.V., Sozialistisches Café Hannover, Türk.Kiosk Leinaustr.16, AllerWeltsLaden Linden, Marxistisch-Leninistische Partei (MLPD) Hannover, Arbeits- und Sozialberatungs-Gesellschaft e.V. (ASG), Bündnis Montagsdemo Hannover, Projektgruppe "Agenda-2010-kippen", Querkunst Hannover e.V., Radio Flora.

Kontakt: SozialTicket-Initiative Hannover, c/o KDA Industriepfarramt , DGB Hannover, Redaktion @lptraum.

Impressum:

"ALP-Traum" ist ein kostenloses Arbeitslosen-Zeitungsprojekt der Projektgruppe "Agenda 2010 kippen" Hannover

Beiträge: Erwin Stefaniuk (ErSt), Tel. 45 66 13, Heinz-Dieter Grube (HaDe), Tel. 34 21 21, mobil 0151 / 16 56 24 31

@lptraum-Redaktion (Alp) - Fotos / Beiträge / Gastbeiträge: Dolf Mielenhausen (DoMi), Tel. 16 22 361

Druck im Selbstverlag, verantwortlicher Redakteur: Heinz-Dieter Grube, Schützenstr. 12, 30161 Hannover

www.alptraum.org, Tel. 0511 / 34 21 21, Fax 0511 / 34 23 23, Email: info@gegen-sozialabbau.de

@lptraum erscheint monatlich, Auflage: 400 - 2500, ist frei von gewerblichen Anzeigen und Werbung

Spendenkonto: H.- D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparbuch.

Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.

Bei Spendeneinzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papiaerausgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben. Danke.

Impressum:

Sozial-Bündnis Hannover: „Recht auf Mobilität“ (1.870 SozialTicket-Unterschriften)

Montags-Demo erhält Verstärkung durch Erwerbsloseninitiativen

Seit einiger Zeit weist @lptraum auf (Seite 8) u.a. auf regelmäßige Treffen der Erwerbsloseninitiativen hin.

Die montags von 18.00 bis 19.00 Uhr am Kröpcke, seit Dezember am Schillerdenkmal stattfindende Montags-Demo bzw. Kundgebung mit offenem Mikrofon hat durch das neue Transparent einer Erwerbsloseninitiative ein neues Gesicht bekommen.

Erwerbslose und Erwerbstätige gemeinsam gegen Sozialabbau, so



die Aufschrift. 6 Millionen Erwerbslose, eine von der Wirtschaft und ihren beeinflussten Politikern gewollte Bedrohung gegen die noch Erwerbstätigen Menschen. **Jede Arbeit um jeden Preis annehmen?** Welcher Arbeitgeber wird bei diesen Bedingungen noch faire Löhne zahlen wollen? Hartz IV ist ein Programm, welches Arbeitszwang und Verarmung schafft. **In 12 Monaten bist auch Du mit dabei?** Fordere Deine Gewerkschaft zur Solidarität! (HaDe)

Augen auf beim Üstra-crash-Verkehr: "Hallo Taxi"

Üstra-Oldtimer-Tipp von anno dazumal: **"Gute Bremsen haben wir, halt' Dich fest, dass rat' ich Dir."**

Die Üstra hatte im letzten Jahr **87 Unfälle** mit Stadtbahnen (48 Verletzte, 5 Tote). Bei 13 Vorfällen galt die Üstra als Unfallverursacher. Im Jahr 2005 waren es im gleichen Zeitraum 90 Unfälle (52 Verletzte, 1 Toter). Die Üstra war hier elfmal schuld. In beiden Jahren war an etwa jedem zweiten Crash ein Auto betei-

ligt. - Unfälle oder Störungen im Stadtbahnverkehr sind unvermeidbar. Damit die Reise für die Fahrgäste so bequem wie möglich weiter geht, schickt die Üstra schnellstmöglich Ersatzfahrzeuge an Ort und Stelle. Seit November 2006 setzt die Üstra auch reguläre Taxen für den Ersatzverkehr ein. Die Fahrzeuge sind mit einem Schild **"Ersatzverkehr im Auftrag der Üstra"** gekennzeichnet. Sie pendeln entlang

des gestörten Streckenabschnitts und können von Fahrgästen mit einem gültigen GVH-Fahrausweis **kostenlos** genutzt werden.

Der Taxi-Ersatzverkehr wird zunächst in den späten Abendstunden auf den äußeren Streckenabschnitten der Stadtbahn eingeführt.

Das @lptraum-Team wünscht seinen Lesern Gute Fahrt! (ErSt) (Quelle: Polizeistatistik/RegionsJournal)

Üstra-Behinderten-Hilfe, ein wichtiges Gut! Erwerbslose bezahlen es?

Hannovers Verkehrsunternehmen Üstra hat einen Begleitservice für mobilitätseingeschränkte Fahrgäste eingerichtet. Wir berichteten im letzten Monat positiv an gleicher Stelle. Da die bürgerliche Presse auch nur des Lobes voll ist, hier von @lptraum eine kleiner Hinweis über großes Geld, das eine derartige **"Großzügigkeit"** der Üstra Aktiengesellschaft erst ermöglicht: **387.072,- Euro Gesamt, je 20.000,- Euro pro Monat, erhält die Üstra AG seit dem 1. Mai 2006.** Für 36 Monate ist die JobCenter-Statistik um 84 Arbeitssuchende "bereinigt", die für ein prekäres Ein-Euro-Dasein täglich 6 Stunden "Üstra sein dürfen". Der an die Üstra fließende Betrag wird als Maßnahme-Kosten-Pauschale aus der Arbeitslosen-

kasse der BA entnommen. Die Ein-Euro-Auszahlungen an Ein-Euro-Jobber sind in ähnlicher Höhe (abzüglich Krank- und Urlaubszeit) auch Entnahmen aus der Arbeitslosenversicherung. @lptraum hatte sowohl bei der Üstra als auch beim JobCenter diese Zahlen nachgefragt, jedoch von offizieller Stelle überhaupt keine Angaben zu der Bewilligung der Maßnahme 237/1184/06 erhalten. Abermals erweist es sich als wichtig und richtig, nicht den Kopf in den Sand zu stecken. Erst durch eine Klage, durch Sichten von Schriftsätzen zu Verfahren beim Sozialgericht Hannover, sind diese Details sichtbar geworden, die eigentlich bei Auskunftbegehren einer Redaktion erteilt werden müssten. Somit ist es wichtig, dass zumindest @lptraum, die

kostenlose Zeitung gegen den Sozialabbau, stets unabhängig und wachsam hinterfragt. Das Serviceangebot für behinderte Menschen, welches täglich von 8 bis 21 Uhr zur Verfügung steht, ist absolut begrüßenswert. **Mobilität ist ein wichtiges und selbstverständliches Gut. Unverständlich, dass die hier fleißig helfenden Menschen nicht ordentlich bezahlt werden, keine existenzsichernde Entlohnung erhalten.** Nur Ein-Euro-Jobber-Einsatz ermöglicht derzeit diesen Mobilitäts-Service der Üstra? Nur ein kräftiger Griff der Üstra in die Erwerbslosenkasse der ARGE? **Mobilität für Alle! Für Geringverdiener bitte auch ein Sozialticket!**

Behinderte, bei Bedarf einen Tag vorher, T.16680 anrufen und reservieren. (HaDe)



Wer hilft in Hannover den Hartz-IV-Betroffenen?

ASG, Walter-Ballhause-Str. 4	Termin vereinbaren, 44 24 21
ALZ, An der Christuskirche 15	Termin vereinbaren, 167 686-0
IG Metall, Postkamp 12	Termin vereinbaren, 124 02-45
ver.di, Goseriade 10	Termin vereinbaren, 12 400-0
SoVD, Herschelstr. 31	Termin vereinbaren, 70 14 8-21
SVdK, Rote Reihe 15	Termin vereinbaren, 1 31 72 20
pro familia, Goseriade 10	Termin vereinbaren, 36 36 06
[ka:punkt], Gruppenstraße 8	Termin vereinbaren, 27 07 39-0
Ombudsmann e.V., im FZH Stöcken	Telefon, demnächst im Alptraum

Zu Risiken und Nebenwirkungen: Erwerbsloseninitiativen befragen!
Die "freien" Beratungsstellen sind finanziell und politisch unter Druck gesetzt, erheben Gebühren. Sie sind oft sogar selbst die Träger von 1-Euro-Job-Zwangseinrichtungen!

"Merkelhafte Mehrwertsteuererhöhung" ab 1. Januar 2007 auf 19 Prozent!

Meldet Vorkommnisse mit Ämtern - wir veröffentlichen !

Beim nächsten Amts-Besuch, zum JobCenter, zum Sozialamt oder zum Wohnungsamt, empfiehlt das ArbeitsLösenPresse-Traumteam, einfach Papier und Stift, auch einen Freund oder eine Freundin mitzunehmen, das Erlebte aufzuzeichnen, zu skizzieren. Es werden zu diesen Themen weiterhin kreativ-zornige AutorInnen bzw. Material-

SammlerInnen gesucht !

Greift zu eurer spitzen Feder ! Falls Ihr euch selbst als nicht so begabt einstuft, so liefert uns doch bitte gut fundierten Geschichtsstoff, der **den Wahnsinn der neoliberalen Politik** anhand sich tatsächlich zugetragenen Begebenheiten **aufzeigen und entlarven** kann.

Wichtig ist, dass wir den Lügen und

der gezielten Desinformation entgegenzutreten. Jeden 3. Sonntag im Monat 18.00-19.00 Uhr stellen wir als Redaktion "Politbüro" Öffentlichkeit auch im Bürgerfunk her. (Alp)

alptraum@radioflora.de



Radio Flora, Bürgerfunk auf UKW 106,5 MHz, was ist denn das ?

Private Radiosender finanzieren sich durch Werbung. Ein Bürgerfunk wie Radio Flora darf und will das nicht!

Radio Flora hat den Auftrag, Bürger an einer vielfältigen, öffentlichen Meinungsbildung zu beteiligen. Darum erhält auch dieser Sender Mittel aus dem Topf der öffentlich / rechtlichen Rundfunkanstalten. Radio Flora muss große Teile seiner Finanzierung selbst aufbringen. Zirka 50% des Etats werden durch Mitgliederbeiträge aufgebracht. Mitglied kann jedermann/jedefrau werden. Radio Flora unterliegt einer Vereinsstruktur mit Mitspracherecht aller MitgliederInnen. Der Beitrag für Erwerbslose ist mit ca. 3 € im Monat gut angelegt. Als Vereinsmitglied und nach einer Schulung, Radio-Führerschein genannt, kann Mensch sich jederzeit einer bestehenden Redaktionen anschließen. Wer kann und will, kann bei Erreichen eines gewissen Selbstvertrauen mit Radio-Macher-Qualitäten auch einen eigenen, regelmäßigen Sendeplatz erhalten. Seit April 2006 wirkt auch [@lptraum](mailto:alptraum@radioflora.de) in der Redaktion "Politbüro" mit. Wann und mit welcher Zielsetzung, ist regelmäßig im [@lptraum](mailto:alptraum@radioflora.de) auf Seite 4 nachzulesen. Tenor: **"Meldet Vorkommnisse mit Ämtern - wir veröffentlichen !"**

Öffentliche Meinungsbildung ? Je mehr wir uns an Demokratie gewöhnet haben, um so mehr wird diese Freiheit durch private und kommerzielle Interessen untergraben. Dabbelju Bush z.B. wird von vielen Bürgergruppierungen als Terrorist Nummer 1 bezeichnet. Es sind

nicht die von unserem Innenminister beschworenen islamischen Terroristen, die unsere noch in Teilen verfügbaren Grundrechte gefährden. Es ist Wolfgang Schäuble selbst, der seit Jahren einen Schießbefehl auf Zivilflugzeuge zu einer Abwehr eingebildeter Bedrohungsszenarien fordert. Die Medien sind im Großen und Ganzen bereits gleichgeschaltet und nur noch auf Quote und Werbeeinnahmen aus. Eintreten für Einschränkungen der Bürgerrechte wie durch die Hartz-IV-Gesetze, die unsere Sozialgerichte beschäftigen ? Kein Aufschrei ist zu hören, außer, ein "Florida Rolf" wird irgendwo am Horizont ausgemacht, ein "Eierdieb" gesichtet. Peter Hartz, Namensgeber dieser unschönen Gesetze hat sich am 17. und 25. Jan 07 in Braunschweig nur einem Amtsgericht zu stellen. Wie wird wohl geurteilt, wird ungefärbt berichtet ?

Die Bundesregierung hatte unter Schröder teure Anzeigen geschaltet, die "Hure 4. Gewalt", jung usw., hat das Geld genommen, beißt nicht in die sie fütternde Hand. Viele der ehemals renommierten Medien sind auch bereits fest in Regierungspartei-Händen. Noch dürfen wir offen und ungestraft auch von einer "Blödzeitung" reden. Und ein jeder weiß, welche Zeitung gemeint ist. Weniger offen agieren mit Millionen-Etats private Meinungsmacher als Volksverblöder. Ein kleiner aber feiner Sender wie Radio Flora wird derzeit mit Maßstäben der privaten Sender verglichen, die mit "Dudelfunk" eine so

genannte "Durchhörbarkeit" auch in Radio Flora fordern. Bei genauer Betrachtung der in der Madsack-Presse geübten Kritik und Kenntnis, dass Madsack selbst "Dudelfunksender" betreibt bzw. beteiligt ist, lässt erahnen, wer die Vergabe einer Sendelizenz-Verlängerung erschweren möchte. Bürgerfunk heißt auch, dass landessprachliche Beiträge und Sendeplätze bereitgestellt werden müssen. Eine Reichweiten-Umfrage zu dem Radio Flora Hörer-Verhalten der niedersächsischen Landesmedienanstalt kommt recht unprofessionell zu für Radio Flora negativen Aussagen. Das beauftragte emnid-Institut hat nur deutschsprachige Festnetz-Telefon-Inhaber befragt, dabei nur mit Ja- oder Nein- Antworten operiert. Migranten, die mittlerweile ein Fünftel der niedersächsischen Bevölkerung ausmachen, gerne Sendezeit des Bürgerfunks nutzen, sind bei dieser Umfrage nicht berücksichtigt worden. Stellt sich außerdem die Frage, ob und wie die steigende Zahl der Nur-Mobiltelefon-Nutzer hätte einbezogen werden müssen. Nicht desto trotz, Bürgerfunk ist wichtig. Eine Qualitätssteigerung bei den Machern kann nicht schaden. Neben einer Kritik an oft auch unprofessioneller Ausführung der Sendungen durch Laien steht die Forderung der noch weniger Geübteren an Hauptberufliche in Flora, bitte kritisch begleitend, jedoch auftragsgemäß helfend, um gemeinschaftlich zu Qualitätsstandards zu kommen. **nobody is perfect ! (HaDe)**

Achtung ! Fahrradmitnahme in Stadtbahnen kann sehr teuer werden !

„Wir werden durch unsere Kontrolleure ab sofort Handzettel verteilen, auf denen die Regelungen zur Fahrradmitnahme erläutert werden. Wenn das nicht fruchtet, kassieren wir Strafzahlungen“, sagt Unternehmenssprecher Udo Iwannek. **Verbotener Fahrradtransport in den Stadtbahnen kostet wie Schwarzfahren 40 Euro.**

Bisher zeige sich die Üstra bei diesem Delikt aber kulant. Fahrräder dürfen in Stadtbahnen und Bussen der Üstra werktags von 8.30 bis 15.00 Uhr sowie von 19.00 Uhr an kostenlos mitgenommen werden. Allerdings nur, wenn in den Bahnen ausreichend Platz ist und Reisende mit Kinderwagen oder Rollstühlen nicht behindert werden. An Sonnab-

den, Sonn- und Feiertagen dürfen Fahrgäste ihre Räder durchgehend mit in die Wagen nehmen. Außerhalb dieser Zeiten ist der Fahrradtransport generell verboten. **In den S- und DB-Bahnen gelten andere Regeln.** S-Bahn ist frei, DB verlangt Einzelfahrschein. Beim Kassieren ist die Bahn strikter. Wer keinen Fahrradfahrerschein besitzt, zahlt. (DoMi)

Region Hannover: E.on Avacon Strompreiserhöhung ab 1.1.2007 um 8,2 Prozent



Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit. Spendenkonto:

H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparbuch. Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich. Bei Spendezahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papierausgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben Danke.



Zapfenstreich in Hessen ? SIND WIR WIEDER machtbesessen ?



Preisfrage: nenne Unterschiede zu "vor 70 Jahren" ?

60 Jahre nach Kriegsende:
Warum wird dieses Landesjubiläum militärisch "gefeiert" ?
Brauchen wir zum "Frieden schaffen" immer tödlichere Waffen ?
Unsere Söhne, auch Töchter, mit Waffen in der Hand, üben das Schießen im Hindukusch-Land.
Herr Schäuble macht aus seiner Gesinnung kein Hehl:
"Deutschland braucht den Schießbefehl"
Stopt diesen Wahnsinn ! (HaDe)



Lösung: Fotos sind bunt, Koch nicht Ministerpräsident

CDU/CSU/SPD: „Job-Programm“ als „Abschiebebahnhof“ ?

Drei frohe Botschaften hatten die CDU/CSU/SPD-Regierung und die Unternehmerverbände, deren Politik sie betreibt, zu Weihnachten bzw. zum Jahreswechsel für die Erwerbslosen.

Erstens: Wer sich regelmäßig wäscht und rasiert, „der findet auch Arbeit“ (SPD-Chef KurtBeck).

Zweitens: Die Industrie werde aufgrund der guten Konjunkturlage im kommenden Jahr „wahrscheinlich“/ „möglicherweise“ 30.000 neue Stellen schaffen (bei offiziell 4 Millionen Erwerbslosen ein echter Meilenstein!).

Und drittens: Die Große Koalition will ein „Job-Programm für schwerstvermittelbare Langzeitarbeitslose“ aus der Taufe heben. Sie „wolle möglichst schon im Frühjahr 100.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in Kommunen, Integrationsbetrieben und der Privatwirtschaft für jene Personen einrichten, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine reale Chance hätten“ (FAZ 29.12.2006).

Das hört sich im ersten Moment nicht schlecht an, auch wenn es ebenfalls nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, denn „Experten gehen davon aus, dass es in Deutschland etwa 400.000 Menschen gibt, die auch bei noch so guter Konjunktur keine Chance auf einen Job hätten“ (SZ 29.12.2006). Tatsächlich sind es noch weit mehr, wenn man berücksichtigt, dass die Hälfte aller Erwerbslosen also zwei Millionen „Langzeitarbeitslose“ sind, d.h. seit mehr als einem Jahr ohne „Job“. Das interessiert die beiden Erfinder dieses Programms (den nordrhein-

westfälischen CDU-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann und den SPD-Arbeitsmarktexperten Klaus Brandner) allerdings herzlich wenig. Sie meinen: „100.000 ist eine gute Zahl.“

(SZ 29.12.06)
Schaut man genauer hin, werden noch etliche weitere Pferdefüße sichtbar. Die Zielgruppe ? „Es geht um Langzeitarbeitslose, um psychisch Kranke und Lernbehinderte, aber auch um Ex-Junkies oder frühere Kriminelle.“ Der Lohn ? „Ein staatlich gesponsertes, angemessenes Salär.“ Wobei gleich betont wird: „Das Vorhaben muss bezahlbar bleiben.“ Und: „Die Koalitionäre gehen davon aus, dass der dritte Arbeitsmarkt nichts zusätzlich kostet.“ (SZ 29.12.2006) Das ist der Punkt! Es handelt sich nicht um eine (relativ) freiwillige, tariflich (BAT) entlohnte und vergleichsweise qualifizierte ABM-Stelle, wie man sie früher kannte (den so genannten „2.Arbeitsmarkt“), sondern um einen Job eine Stufe darunter, um den „3.Arbeitsmarkt“. Genauer gesagt um neue Zwangsarbeitsverhältnisse zu Hungerlöhnen für die „Unterschicht“ bzw. einen „Abschiebebahnhof für die Unerwünschten“ (SZ 29.12.2006).

Dabei wäre für ein sinnvolles, gut entlohntes und qualifiziertes staatliches Beschäftigungsprogramm genug Geld da. Nicht nur dass CDU/CSU und SPD den Kapitalisten mit der neuen Unternehmenssteuerreform 8,5 Milliarden Euro schenken (FAZ 3.11.2006). „Die Bundesagentur für Arbeit hat im laufenden Jahr einen Überschuss von 11,16 Milliarden Euro erwirtschaftet. Das ist der höchste Einnahmenüberschuss in der Geschichte der Nürnberger

Behörde. Er liegt noch einmal 700 Millionen Euro über den bisherigen Schätzungen.“ Arbeitsplätze oder sinnvolle Fortbildungsmaßnahmen werden mit diesem Geld aber nicht geschaffen. Im Gegenteil: „Aus dem Überschuss der BA wird in den kommenden Jahren die Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung von derzeit 6,5 % auf 4,2% zum 1.Januar 2007 finanziert.“ (FAZ 30.12.2006) Das bedeutet zur Hälfte ein weiteres Milliardengeschenk an die Unternehmer, um ihre „Kriegskassen“ zu füllen oder die Profite zu maximieren. Und für die Beschäftigten sind bei einer kommenden Rezession erneut „knappe Kassen“ und „Einsparzwänge“ vorprogrammiert.

Geht man davon aus, dass ein allein stehender Erwerbsloser derzeit im Schnitt ca. 650 Euro ALG 2 (inklusive „Kosten der Unterkunft“) im Monat erhält, dann wären pro Kopf weitere 850 Euro monatlich (bzw. 10.200 Euro im Jahr) nötig, um auf einen Monatslohn von 1.500 Euro brutto zu kommen. Aus dem Überschuss der Bundesagentur ließen sich also bei Verzicht auf die neoliberale Beitragssenkung im Jahr 2007 rund 1,1 Millionen annehmbar entlohnte ABM-Stellen finanzieren. Doch das ist politisch nicht gewollt, denn 1,1 Millionen Erwerbslose weniger würden den Druck auf dem Arbeitsmarkt spürbar reduzieren (das Gesetz von Angebot und Nachfrage!). Die Beschäftigten wären weniger erpressbar, würden höhere Lohnforderungen stellen und eher gegen prekäre Arbeitsverhältnisse rebellieren. Das mögen die „Arbeitgeber“ und ihre politischen Handlanger gar nicht... (Alp-XX)

Auf zum Protest: G-8-Gipfel vom 6. bis 8. Juni 2007 im Ostseebad Heiligendamm

@lptraum-Tipp im Januar: "Leitfaden für Alg II / Sozialhilfe von A - Z"**Neuerscheinung der AG TuWas (Hrsg.) von Rainer Roth und Harald Thomé**

Endlich ist er fertig: Der brandaktuelle Ratgeber beinhaltet 20-monatige "Hartz IV-Erfahrung" aus Beratungs- und Schulungspraxis. Er ist auf dem Stand der neuen Rechtslage nach Inkrafttreten des SGB II-Fortentwicklungsgesetzes im August 2006 und berücksichtigt aktuelle Rechtsprechung der Sozialgerichte bis Anfang Oktober 2006. Die Neuauflage des "Standardwerks für Arbeitslosengeld II-Empfänger" (Spiegel 43/2005) ist seit November 2006 lieferbar. Prof. Rainer Roth, Sozialwissenschaftler an der FH Frankfurt und Harald Thomé vom Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein Tacheles e.V. in Wuppertal, sind seit vielen Jahren in der in der Sozialberatung und Schulung des Sozialrechts tätig und engagieren sich in der Erwerbslosenbewegung.

Der neue Leitfaden widmet sich schwerpunktmäßig dem Arbeitslosengeld II (ALG II). Abweichende Regelungen der Sozialhilfe sowie der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung werden parallel behandelt. Als einziger umfassender Ratgeber für die Sozialgesetzbücher II und XII (SGB II und SGB XII) ist er deswegen für Rechtsanwender und Betroffene besonders geeignet. Im ersten Teil des Buches werden alle Leistungen unter 118 ausführlichen Stichworten in übersichtlicher Form erläutert. Hilfreiches Basiswissen und zahlreiche Tipps, wie sozialrechtliche Ansprüche gegen die Behörden durchgesetzt werden können, finden sich im zweiten



Teil. Der Leitfaden behandelt sehr schwierige Rechtsmaterie in auch für Laien verständlicher und gut lesbarer Form. Der aktuelle Stand der Rechtsprechung und der Gesetzgebung ist eingearbeitet und durchgängig kritisch kommentiert. Auch der Blick auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, ihre sozialen sowie wirtschaftlichen Ursachen und die Zielsetzung aktueller Sozialgesetzgebung fehlt nicht.

Die Autoren üben detaillierte Kritik an der Festsetzung des Eckregelsatzes, an der rechtswidrigen Ausdehnung von Bedarfsgemeinschaften über die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches hinaus. Sie entlarven die leeren Versprechungen der Politik, Eingliederungsperspektiven für Langzeitarbeitslose schaffen zu wollen. Sie entwickeln zudem neue rechtliche

Ansätze, wie z.B. ungedeckter Bedarf von Lernmitteln für Schulkinder oder wachstumsbedingter Bekleidungsbedarf bei Kindern auch im ALG II realisiert werden könnte.

Rainer Roth und Harald Thomé haben sich als engagierte Streiter gegen Hartz IV bundesweit einen Namen gemacht. Nicht zuletzt deshalb gerieten sie ins Visier von Ex-Minister Clement (SPD). Er warf ihnen Beihilfe zum Betrug vor, weil sie mit ihrem Leitfaden über die bestehende Rechte aufklären. Doch gerade weil sich die Behörden immer rigider über geltendes Recht hinwegsetzen, ist dieser Leitfaden nötiger denn je...

Rainer Roth,

Professor an der FH Frankfurt, seit Jahrzehnten Herausgeber und Autor zahlreicher Sozialhilfeleitfäden und Mitstreiter im Verein Klartext e.V.

Infos unter: www.klartext-info.de

Harald Thomé,

Tacheles e.V., einer Interessenvertretung von Erwerbslosen und Sozialhilfebezieheren aus Wuppertal und Referent für Arbeitslosen- und Sozialrecht. -

Infos unter: www.tacheles-sozialhilfe.de

Leitfaden für Alg II / Sozialhilfe von A-Z

AG TuWas (Hrsg.), Stand 1. Okt. 2006, 24. Auflage, 434 Seiten, 8 €uro (incl. Versand gegen Rechnung)

ISBN 3-932246-64-0

ISBN 978-3-932246-64-7

Infos unter: www.agtuwas.de

Bestellungen bitte ausschließlich über die AG TuWas !

per E-Mail: agtuwas@nosspam_web.de

per Fax-Nr.: 069/15 33-26 33,

per Brief: AG TuWas, Gleimstraße 3, 60318 Frankfurt (ErSt)

Arbeitslosengeld II: Mindestens zwei Hosen muss man(n) haben !?

Defekte Kleidung ist kein wichtiger Grund für ein Meldeversäumnis. Der Fall: Der Empfänger von Arbeitslosengeld II war einer Einladung des Leistungsträgers zu einem Vorspracheermin nicht gefolgt. Zur Begründung gab er an, er könne den Termin wegen fehlender Hose nicht wahrnehmen. Nachdem der Reißverschluss an seiner einzigen Hose verklemmt gewesen sei, habe er die Hose nicht mehr schließen können. Ihm sei unzumutbar gewesen, mit einer offenen Hose das Verwaltungsgebäude des Leistungsträgers aufzusuchen. - Daraufhin senkte der

Leistungsträger die Regelleistung für drei Monate um zehn Prozent. Die dagegen erhobene Klage hatte keinen Erfolg. Das **Sozialgericht Mainz** dazu:

Ein Leistungsempfänger ist grundsätzlich gehalten, ausreichend Kleidung vorrätig zu halten, um Termine außerhalb seiner Wohnung, seien es Beratungen beim Leistungsträger (@lptraum: *Um dort die Hosen wieder 'runterzulassen'?*) oder Vorstellungstermine bei potenziellen Arbeitgebern, unverzüglich nachkommen zu können. Dies erfordert, dass die für das Verlassen der Wohnung nötigen

Kleidungsstücke grundsätzlich mindestens in doppelter Ausfertigung vorhanden sind. Solche Kleidungsstücke können sowohl aufgrund von Schäden unerwartet unbrauchbar sein oder nicht zur Verfügung stehen, weil sie gereinigt werden müssen. Kann der Leistungsempfänger beim Vorliegen dieser Gründe seine Wohnung nicht verlassen, ist seine Vermittlung in ein Arbeitsverhältnis deutlich erschwert. Soz.G.-Urteil vom 1. Juni 2006.

Soz.gericht Mainz (AZ: S11AS317/05)

Weitere Urteile: www.justiz.rlp.de

auch: www.sozialgerichtsbarkeit.de (ErSt)

@lptraum - Lesetipps: Hartz IV als Extremsportart

"Einfach abgehängt - Ein wahrer Bericht über die neue Armut"

Was heißt es, wenn man im Monat von 345 Euro leben muss ?

Oder wenn man von 30.000 Euro Schulden erdrückt wird ?

Wie tief fällt ein Ingenieur, der aus einem scheinbar gesicherten Dasein in die Armut stürzt ?

Wie schlägt sich eine Mutter durch, die höchstens 88 Cent für ein Frühstück ausgeben kann ?

Oder die vierköpfige Familie, die von Arbeitslosengeld II (ALG II) lebt ?

Nadja Klinger und **Jens König** porträtieren Menschen, die von der Gesellschaft abgehängt werden. Denn die Armut in Deutschland breitet sich immer mehr aus, die Mittelschicht ist vom Abstieg bedroht - und die Kluft zwischen Arm und Reich groß wie nie. So hat sich fast unmerklich eine Gruppe gebildet, die beständig wächst: die neue Unterschicht der Besitz- und Bildungslosen. Zu ihr zählen Hartz IV-Empfänger genauso wie gescheiterte Architekten. Die einen sind tief gefallen, die anderen



nie aufgestiegen. Das Buch versammelt eindrucksvolle Porträts und zugleich eine scharfsinnige Analyse über einen gesellschaftlichen Skandal, der uns alle in Zukunft mehr interessieren wird, als wir uns heute eingestehen.

"Einfach abgehängt - Ein wahrer Bericht über die neue Armut in Deutschland" erschien im Herbst 2006 zeitgleich zu den Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung: **"Gesellschaft im**

Reformprozess" und "Armut in Deutschland: Bevölkerungsgruppen unterhalb der Alg II-Grenze"

(Irene Becker, Projekt Nr. 3: "Soziale Gerechtigkeit", Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M., Oktober 2006) - Auslöser der umstrittenen Unterschicht-Armutdebatte... Rowohlt Berlin Verlag, September 2006, ISBN 3871345520, 254 Seiten, 14,99 Euro, Infos: www.rowohlt.de

@lptraum-Info: TAZ-Redakteur **Jens König** war u.a. am 04.12.2006 Gast der Heinrich-Böll-Stiftung Leben & Umwelt Niedersachsen im Künstlerhaus Hannover. Zum Thema **"Total sozial ? - Das bedingungslose Grundeinkommen als Zauberformel im Kampf gegen Armut ?"** traf sich im Grünen Salon eine Menge diskussionsfreudiges Publikum. Nicht ganz so ernst gemeinte Webseiten zum Thema finden sich im Netz wie z.B. Hompages: www.unterschichtler.de oder www.der-unterschichtler.de Sehwert im ARD: **"Abgehängt - Leben in der Unterschicht"** (WDR-TV-Doku 2006) (Erst)

Noch'n @lptraum-Lesetipp: "Die Hartz-Reform" und ihre Folgen..."

Forschungsimpulse für eine innovative und sozial gerechte Arbeitsmarktpolitik: **Fakten für eine faire Arbeitswelt.** Kostenlose Publikation der Hans-Böckler-Stiftung,

72 Seiten, Bestell-Nr. 30299 - Zu bestellen unter: mail@setzkasten.de Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, Infos: www.boeckler.de (Erst)

Es gibt vielleicht auch noch ein Leben oberhalb der Gürtellinie !

"Man will, dass wir den Gürtel noch enger schnallen, obwohl man uns vorher bereits die Hosen runtergezogen hat."

Konrad Freiberg, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf deren Bundeskongress 2006 in Berlin über Kürzungen von Bund und Ländern bei der Polizei. (Erst)

„ver.di-Erwerbslosenarbeit ? - Ohne @lptraum ein Albtraum.“ (Leserumfrage-Zitat)

Originelles und Aufmunterndes als Ergebnis unserer Leserumfrage: Siehe Zitat in der Überschrift. Dabei ist zu bemerken, dass dieses Zitat sehr wohl von einem engagierten in ver.di organisierten Erwerbslosen stammt. Über 50% der abgegebenen Fragebögen erhielten wir von Menschen, die in einer der Gewerkschaften, meistens in ver.di, organisiert sind. In allen Rückmeldungen war mit JA angegeben, dass Alptraum sehr wohl und durchaus auch sehr gut die Interessen Erwerbsloser

vertreten würde. Kritik gab es daran, dass es keine Berichte von Betroffenen selbst gibt, viele der Artikel immer von den gleichen Leuten geschrieben sind. Genau diese Kritik geben wir zurück: Eine Jede und ein Jeder kann, besser gesagt, sollte uns die eigenen Erlebnisse bei den Ämtern zur Berichterstattung melden, durchaus auch selbst einen Artikel verfassen. Wir fordern Monat für Monat dazu auf. Unser Stil der Berichterstattung

wird nur von sehr wenigen als zu aggressiv empfunden, die meisten schrieben: **"Weiter so !"** Verschiedenen Wünschen nach spezielleren Themen werden wir, soweit Material vorhanden und die Ausgabe Raum zulässt, berücksichtigen. Die gewünschten Themenrichtungen wie z.B. Frauen, Alleinerziehende, Gesundheit, Vereinsamung, Gerichtsurteile, nichteähnliche Bedarfsgemeinschaften usw. decken wir gerne ab. **Abermals der Hinweis: Sendet uns Eure Beiträge !** (Alp)

Sozial-Bündnis Hannover: „Recht auf Mobilität“ (1.870 SozialTicket-Unterschriften)



Unsere Forderung nach einem Sozialpass hat die erneut zu einer Regionsregierung gebildete Koalition aus SPD und

Bündnis 90 / Die Grünen in den Koalitionsvertrag geschrieben. In dem am 13.10.06 unterschriebenen Koalitionsvertrag steht eine Absichtserklärung, wonach Rot/Grün in der beginnenden Legislaturperiode 2006 bis 2011 ein

„kostengünstiges Sozialticket“ für Geringverdiener einführen will. Wir werden weiterhin mit Aktionen an dieses Versprechen erinnern, möchten eine zeitnahe Einführung, bieten mit Bündnispartnern weitere Gespräche an. (Alp)

Auch im Jahre III nach HARTZ IV: "Ein GVH-SozialTicket fordern wir"

@l p t r a u m

kostenlose Hannoversche Zeitung gegen Sozialabbau

Januar - 2007

Unabhängig und absolut parteiisch

Jahrgang 3, Ausgabe 1

+++ lokal und aktuell +++

Mitstreiter findet ihr hier:



Montags - Demo - Hannover

Montags von 18.00 Uhr bis 19.00 Uhr
Offenes Mikrofon für jederman/frau & Kundgebung
Innenstadt, Georgstraße / Schiller-Denkmal
"Aufstehen gegen den Sozialkahltschlag!"

Erwerbsloseninitiative im Gartenhaus

14. täglich montags 19.15 - 20.30 Uhr Treffen!
- danach: "gemütlicher Abend"
Im Gartenhaus am Judenkirchhof 11c
E-Mail-Kontakt: Rinzwind@gmx.de

IG Metall-Erwerbslosenausschuss

Jeden 1. Mittwoch im Monat 10.00 - 12.00 Uhr
IG Metall - Haus, Postkamp 12, 30159 Hannover

ver.di-Erwerbslosenausschuss Hannover

Jeden 1. Mittwoch im Monat 15.00 Uhr - 18.00 Uhr
in der Rotation, ver.di - Höfe, Haus C
Goseriede 10, 30159 Hannover (Üstra-Linie 10 +17)
ver.di - ELO im Bezirk Hannover Leine-Weser
E-Mail: Erwerbslose.verdi-Hannover@web.de

erzählcafé bürgerinitiative gartenhaus

Mittwochs ab 16.00 Uhr, Am Judenkirchhof 11c,
30167 Hannover-Nordstadt, Tel. 0173-7865348
in Zusammenarbeit mit "querkunst hannover"
E-Mail: wulf.huehn@querkunst-hannover.de

[ka:punkt] Beratungs- und Behandlungsstelle

Gruppenstraße 8 (Innenstadt) 30159 Hannover
"Offene Tür": ein Angebot der katholischen Kirche
Mo. - Fr. 10.00 - 18.00 Uhr, Sa. nur bis 14.00 Uhr
Anmeldung Beratung / Info: Telefon 0511 / 270 739-0

S.I.L.L. Sozial Initiative Linden Limmer e.V.

Struckmeyerstraße 9 (Linden) 30451 Hannover
"Erwerbslosentreff": Angebot der Linkspartei.PDS
Mo. Mi. Fr. 10.00 Uhr und Di. Do. 17.00-19.00 Uhr
Anmeldung / Info: Telefon 0152 / 04810599

Arbeitskreis Arbeitslose Linden

Donnerstags 10.00 Uhr - 12.30 Uhr
im Freizeitheim Linden (Raum U 5)
Fred-Grube-Platz 1, 30451 Hannover
E-Mail: info@arbeitslosenkreis-linden.de

... und im Anschluss in's "Café Net(t)"

Limmerstraße 5 / Küchengarten (Üstra-Linie10+700)



@lptraum: info@gegen-sozialabbau.de

Jetzt reich's! **Politiker, die uns plagen, Jetzt reich's!
werden wir verjagen!**



www.gegen-sozialabbau.de www.alptraum.org

Projektgruppe "Agenda 2010 kippen"

E-Mail: info@gegen-sozialabbau.de

+++ Termine im Januar +++

@lptraum-Termine Januar `007:

Montag, 1. Januar 2007: **Zwei Jahre Hartz IV ?**

Vor zwei Jahren erschien von der Projektgruppe "Agenda 2010 kippen" die Erstausgabe der Hannoverschen Zeitung gegen Sozialabbau. - Das @lptraum-Team wünscht seinen Lesern ein gesundes sowie erfolgreiches Neues Jahr. (Alp)

Dienstag, 2. Januar 2007: **after-work-bildung...**

1. Termin am 6. Februar 2007, 17.30 - 19.30 Uhr, ver.di-Höfe

Damals vor 51 Jahren, ... anno 2. Januar 1956:

Die ersten 1500 Bundeswehr-Freiwilligen rücken knapp elf Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges in die Kasernen ein...
Zwei Wochen später beschließt die DDR-Volkskammer die Schaffung der Nationalen Volksarmee. Quelle: www.dgb.de

Mittwoch, 3. Januar 2007: **733 Tage Hartz IV...**

Seit über 10 Jahren traditioneller "Jagoda-Gerster-Weise-Tag" Verkündung der mtl. Arbeitslosenzahlen für **Dezember 2006**
Infos siehe: <http://statistik.arbeitsamt.de/statistik/index.php>

Damals vor 51 Jahren, ... anno 5. Januar 1956:

In Siersdorf am Niederrhein treffen die ersten 50 italienischen Gastarbeiter ein. Sie sollen im Aachener Kohlrevier arbeiten.

Samstag, 6. Januar 2007, 20.00 Uhr: **Kreuzkirche**

"Oberuferer Dreikönigsspiel" am Tag der "Heiligen Drei Könige"
Freie Waldorfschule Hannover zu Gunsten von "Asphalt"

Montag, 8. Januar 2007, 20.00 Uhr: **künstlertreff**

eine veranstaltung von querkunst hannover für künstler/innen aller sparten und ihre freund/innen. - Ort: Nordstadt-Bibliothek, Engelbosteler Damm 57, 30167 Hannover (üstra-Linie 6 + 11)

Dienstag, 9. Januar 2007, 9.30 bis 12.00 Uhr

IG Metall "AKTIV-Gruppe": **Rückblick auf das Jahr 2006**
FZH Ricklingen, Ricklinger Stadtweg 1, 30459 Hannover

Mittwoch, 17. Januar 2007, 17.30 bis 20.00 Uhr

"Gemeinsam gegen Rechts" - Ausländerfeindlichkeit und Rassismus - Die Propaganda der Faschisten und Neonazis
ver.di-Höfe, Rotation, Haus C, Goseriede 10, 30159 Hannover

Freitag, 20. Januar 2007, 20.00 Uhr: **wulf hühn...**

stell dir mal vor - ein sonderprogramm im kleinsten deutschen musik-theater: großewahn wohnzimmerbühne, bertramstr. 4a, 30165 hannover - nur mit voranmeldung über tel. 0174-1906958 oder email: wulf.huehn@querkunst-hannover.de

Samstag, 27. Januar 2007, 15.00 Uhr: **Kreuzkirche**

Turm- und Gruffführung: **"Himmel und Hölle"** - Eintritt: 3,- €uro
Offene Kreuzkirche, Altstadt, Goldener Winkel, 30159 Hannover

Mittwoch, 31. Januar 2007: **"1-Euro-Job-@gentur"**

Seit über 10 Jahren traditioneller "Jagoda-Gerster-Weise-Tag" Verkündung der mtl. Arbeitslosenzahlen für **Januar 2007**
Infos siehe: <http://statistik.arbeitsamt.de/statistik/index.php>

**Laut Regelsatz stehen ALG-II- und Sozialgeld-Empfängern monatlich 4,63 €uro für "Freizeit & Kultur" zur Verfügung!
Der Mobilitätsanteil beträgt 19,- €uro für den BG-Vorstand.**

@lptraum gelesen und als interessant befunden ? Mitmachen - Weitergeben